

Prof. Dr. med. Matthias Schrappe
Venloer Str. 30
50672 Köln
0163 5818 797
matthias@schrappe.com

Köln, 12.7.2026

Austritt aus dem BSW und der BSW-Grundwerte-Kommission

Mein Austritt aus dem Bündnis Sahra Wagenknecht (kurz BSW) nach mehr als zwei arbeitsreichen Jahren ist eine Bilanzentscheidung. Deswegen hier keine Angriffe, erst recht und vor allem nicht wegen der zahlreichen freundlichen und fähigen Menschen, die ich in dieser Zeit kennenlernen durfte, und denen ich für die Zusammenarbeit sehr danken möchte. Aber der Weg ist nun zu Ende. Trotz einer ehemals sinnvollen Ausgangsanalyse in Gründungszeiten ist derzeit keine Möglichkeit mehr erkennbar, dass das BSW - in seiner jetzigen Verfassung – als erfolgreiches Projekt wird fortbestehen können. Die Anbiederung an die AfD im Schreiben vom 26.6.26 hat sowohl die Strategielosigkeit als auch die fehlende Innenkommunikation wie unter einem Vergrößerungsglas deutlich gemacht, und das war dann auch für mich (wie für viele Andere) der Tropfen, der das lange schon volle Fass endgültig zum Überlaufen brachte.

Hierzu einige grundsätzliche Gedanken, sozusagen als Nachlass und als Anregung, nur damit es gesagt ist. Wenn es noch etwas nützen sollte, dann um so besser.

1. Eine moderne politische Partei: Anforderungen

Die gegenwärtige politische Situation ist durch Vielfältigkeit, Unübersichtlichkeit und zunehmende Polarisierung gekennzeichnet. Bürger bzw. Wähler haben Zugang zu einer riesigen Vielzahl und Vielfalt von Informationen, die jedoch eher augenblicklichen Kampagnen und Aufmerksamkeitsökonomien gehorchen, als dass sie in belastbares politisches Wissen übersetzt werden. Einer der Gründe liegt darin, dass die marktwirtschaftlichen Kräfte im Medienbereich eher von Polarisierung als von Einordnung profitieren. Anders als vor 150 Jahren in der Aufbauzeit der Sozialdemokratie und der Hochzeit der leninistischen Kaderparteien können sich Parteien heute weniger durch eine hierarchisch organisierte Informationsaufbereitung profilieren, sondern müssen zur Etablierung politischer Meinungsführerschaft für eine Orientierung in fast unendlichen und fluiden Informationsüberangeboten sorgen. Das BSW hat dabei mit der Kritik an den „Selbstgerechten“ und der angedeuteten Bezugnahme auf den Terminus „links-konservativ“ durchaus einen guten Start gehabt, kann diese Positionsbestimmung jedoch nicht verdeutlichen und vertiefen, da es zu einem Versiegen der gesellschaftlichen

Außenkommunikation über die Parteigrenze hinweg gekommen ist, parallelisiert durch einen zeitgleichen Zusammenbruch der parteiinternen Kommunikation.

Dies ist um so schwerwiegender, als dass mit der „Künstlichen Intelligenz“ (KI) ein Instrument aufgetreten ist, das die Divergenz von Information und belastbarem Orientierungs-Wissen deutlich und wahrscheinlich anhaltend vertieft. Es entbehrt daher nicht einer gewissen Pikanterie, dass die BSW-Führung in der inner- und außerparteilichen Kommunikation (wenn sie denn stattfindet) in einer Weise auf KI zurückgreift, dass man eigentlich von „Non-Kommunikation“ sprechen müsste. Diese lässt schon in der Diktion erkennen, dass so weder die Konversion von Information in Wissen noch die Gestaltung authentischer Beziehungen erreicht werden kann, ja vielleicht gar nicht beabsichtigt ist.

Das BSW steht allerdings mit dieser Situation nicht allein, das Parteienspektrum ist ganz allgemein in einem desolaten Zustand. Es wird einerseits beherrscht durch „Parteisoldaten“ und andererseits durch mangelnde Problemlösungskompetenz, beides verschärft durch Kommunikationsarmut der Parteien und der handelnden Personen sowie durch ihre fehlende „Interpretationsrelevanz“. Es kann sich niemand mehr einen Reim daraus machen, es ergibt sich kein Bild, das die gesellschaftliche Wirklichkeit erklärt. Der daraus zu verstehendem Glaubwürdigkeitsverlust der Demokratie ist mehrfach und aus verschiedenen Perspektiven beschrieben. Das BSW fällt in seiner sich verfestigenden partei-internen Struktur und der Isolation nach außen nun leider aus, es kann nicht mehr die Hoffnung vermitteln, dass es durch irgendeine Form der Regierungsbeteiligung zu einer gesellschaftlichen Öffnung bzw. zu einer Ausprägung erkennbarer Politikansätze kommt, die eine Verbesserung des politischen Outcomes und eine verbesserte Partizipation der Bürger im politischen System versprechen würden.

2. Das daraus abzuleitende Profil einer modernen Partei

Die geschilderte Situation lässt klar erkennen, dass der Versuch einer hierarchischen Top Down-Steuerung und vertikalen „Übersetzung“ für die politische Gestaltungskraft einer Partei keinerlei Option darstellt, zumindest sofern sie denn erfolgreich sein soll. Hiermit ist das größte Problem des BSW benannt, wo ein abgeschotteter Zirkel alle Handlungskompetenz auf sich gezogen hat. Eine Beteiligung der Parteibasis findet ausschließlich als orchestrierte Performance statt, ohne dass ein tatsächlicher Austausch mit der Parteibasis existiert. Jeglicher Beteiligungswunsch wird restriktiv gehandhabt. Dieser Zustand ist nicht nur demotivierend und zerstörend für die Basisstrukturen, sondern schottet die Parteispitze zusätzlich von der Aufnahme von Information von unten ab. Ein Organisations-Lernen der Partei ist auf diese Weise ausgeschlossen. Die Alternative liegt im Grunde auf der Hand (erfordert jedoch eine Neuaufstellung): eine

moderne Partei darf sich nicht abschotten – weder innerhalb der Partei noch nach außen zur Gesellschaft – sondern muss sich offen zeigen, die komplexen gesellschaftlichen und informationsbezogenen Verhältnisse aufzunehmen, zu verarbeiten und erkennbar in die eigene Strategie aufzunehmen. Dies ist durchaus ein „geführter Prozess“ mit klar definierter Führungsverantwortung, also nicht zu verwechseln mit „Schwarm“-Ideen, die Strategie und Umsetzung in einem unklaren Nebel von Zuständigkeiten verschwinden lässt. Im Gegenteil, es handelt sich um anspruchsvolle und arbeitsintensive Führungsarbeit.

Was heißt das nun für eine zeitgemäße Partei? In der ersten Linie bedeutet dies, dass sie sich gegenüber der Gesellschaft offen zeigt, auch wenn sie unermüdlich und unfreundlich attackiert wird. Entgegen einer oft geäußerten Meinung hat eine neugegründete Partei kein Anrecht auf freundliche Behandlung, auch der Anspruch auf Fairness ist unter den Bedingungen des Wettstreites um Aufmerksamkeit und Meinungsführerschaft mit Vorsicht zu genießen. Es bleibt die Pflicht einer neuen Partei, gute Politik zu machen, gute politische Konzepte vorzulegen, sonst nichts. Weiterhin bedeutet dies, dass es nicht die Aufgabe einer Partei und erst recht nicht einer Parteiführung ist, den Wählern und Parteimitgliedern ex cathedra die „Wahrheit“ zu verkünden, so wie das in früheren Zeiten ja oft gesehen wurde. Der Grund ist ganz einfach: weil sie heutzutage dazu nicht in der Lage sein *kann*, weil dies eine ridiküle Überforderung wäre, und weil es letztlich auch nicht ihre Aufgabe ist. Stattdessen muss eine Partei *einen Diskurs organisieren*, um (wie oben gesagt) selbst zu lernen, und in erster Linie der Basis die Möglichkeit geben, Erfahrungen zusammenzuführen und aufzubereiten sowie eigene Konzepte zu entwickeln. Aber es sei nochmals gesagt: es kommt an diesem Punkt der Partei und deren Führung eine wichtige Aufgabe zu, denn es kann sich nicht um einen völlig freischwebenden Prozess handeln, sondern es bedarf der Diskursbefähigung und einer Schwerpunktsetzung durch eine Führung, die diesen Namen verdient.

Der letzte Punkt ist entscheidend, denn eine neu gegründete Partei kann sich nicht auf allen Politikfeldern gleichzeitig einarbeiten, Konzepte entwickeln und diese in der Gesellschaft verankern. Die Priorisierung ist und bleibt die wichtigste Funktion der Führung. Es hat hier zahlreiche Interventionen gegeben, die jedoch allesamt unbeachtet blieben, stattdessen hat man sich lieber auf Top Down-„Schwerpunktsetzungen“ beschränkt, die sich allerdings eher auf dem Niveau von Erstsemester-Juso-Hochschulgruppen bewegen. Es werden alte Forderungen des linken Parteispektrums widergekäut, auch wenn sich schon lange herausgestellt hat, dass mit diesen Forderungen nichts zum Guten zu verändern und schon gar nicht ein Alleinstellungsmerkmal der Partei zu erreichen ist. Auch das einzige Gebiet, Friedens- und Verhandlungsorientierung, in dem das BSW erkennbare Aussagen trifft, ist durch die

roboterhafte Wiederholung immer der gleichen Aussagen schwerwiegenden Glaubwürdigkeitsdefiziten unterworfen.

Das mag alles an der Abgegrenztheit der „Nomenklatura“ liegen: denn wenn man „lernen“ will, muss man sich öffnen, und man muss die Basis und auch Fachleute fragen, aus Praxis und Wissenschaft. Und dies nicht nur punktuell, „einmal anhören“ so wie zu vernehmen war, sondern in einen kontinuierlichen Diskurs einbinden, der beinhaltet, dass die Parteiführung sich die Mühe macht (was in Wirklichkeit eine große Chance darstellt), wirklich aktiv an diesem Diskurs teilzunehmen. Dazu muss eine Parteiführung sich auch mal die Mühe machen, ein Konzept von mehr als eineinhalb Seiten zu lesen, und nicht nur TikTok Nachrichten zu konsumieren. Dabei sind „lernende Organisationen“ nicht zu verwechseln mit der gegenwärtigen Vielfalt an immer wieder neu zusammengesetzten Expertenkommissionen, bei denen man schon in der Zusammensetzung (und in der Aufgabenerteilung) erkennen kann, mit welcher Ergebniserwartung sie aufgesetzt wurden. Beim sog. Rentenkompromiss der jetzigen Bundesregierung wurden durch die Besetzung der „Rentenkommission“ ja sogar die parlamentarischen Prozesse in diese Kommission verschoben – das ist nicht Aufgabe eines innerparteilichen Knowledge-Managements, die letztendlich politischen Prozesse müssen im politischen Bereich verbleiben, müssen aber informiert ablaufen.

Eine solche moderne Struktur würde einer neuen Partei die Chance geben, nicht nur mit inhaltlichen Vorschlägen der Verkrustung der gegenwärtigen Politik entgegenzutreten, sondern die Dynamik des Lernens und Austausches auch im „Wie“ der politischen Praxis zu demonstrieren und als Vorbild zu dienen. Wichtiges Bestandteil dieser Struktur ist die Rückkopplung an die Parteibasis. Protokolle öffentlich machen, die Ergebnisse der inhaltlichen Arbeit öffentlich machen, darüber zur Mitarbeit motivieren, das wären unbedingte Notwendigkeiten und würden der Parteiarbeit guttun. Im BSW ist das Gegenteil der Fall, man erfährt als Mitglied (auch mit hervorgehobenen Aufgaben) nichts, aber auch gar nichts über Präsidiums- oder Vorstandsbeschlüsse (soweit Protokolle überhaupt vorliegen, niemand weiß es). Diese Rückkopplungsprozesse sind wiederum Bestandteil des übergeordneten Themas „innerparteiliche Kommunikation“, im BSW leider in katastrophalem Zustand und meilenweit von den Standards entfernt, die man in zukunftsfähigen Organisationen heute als selbstverständlich annehmen muss (einschließlich Konfliktlösungsstrategien).

Um auf die eingangs genannten Anforderungen zurückzukommen: Parteiarbeit in der heutigen Zeit ist nicht möglich ohne einen Schwerpunkt auf Interpretation und Deutung der politischen Umwelt und der Medienaktivitäten. Dies würde – Konjunktiv ist hier angezeigt – bedingen, dass man innerhalb der Partei Mitgliedern die Möglichkeit gibt, sich zu bestimmten Themen nicht nur einzubringen, sondern auch Kompetenzen hinzulernen.

Man kann durchaus die Parallele ziehen, es bedarf in einer modernen Partei auch wirksamer Personalentwicklungs-Konzepte. Wer soll denn sonst auf den Podien zur Krankenhausschließung sitzen? Die Mitglieder müssen sprechfähig werden, selbständig sprechfähig, und man muss ihnen niedrigschwellig die Möglichkeit zum Austausch geben, damit sie ihre Argumente schärfen und ihre Kompetenz steigern können.

3. Inhaltliche Positionierung

In der BSW-Gründungszeit wurde die Hoffnung geweckt, über eine versprochene Diskursfähigkeit der Parteiführung und speziell über die Etablierung von Experten-Kommissionen zu einer adäquateren Politikgestaltung beizutragen. Für den Autor dieser Zeilen war dies ein maßgeblicher Grund, dem BSW beizutreten und auf diesem Wege dazu beizutragen, den Defiziten der derzeitigen „Politikverwaltung“ etwas entgegenzusetzen. Tragender Ausgangspunkt war dabei die Ansicht, dass es neben der Systembedingtheit politischer Unregierbarkeit doch auch große fachliche Blindstellen in den verschiedenen Politikbereichen gibt, die wider besseren Wissens nicht thematisiert werden und im politischen Spektrum keine Vertretung finden. Dieses Versprechen der kontinuierlichen Verbesserung und Vertiefung der Standpunkte hätte aber nicht nur für fachpolitische Thematiken, sondern natürlich auch für das Konzept „links-konservativer“ Politik-Ausrichtung gegolten. Hier wie dort ist jedoch nichts geschehen.

Es kann hier nur eine knappe Auswahl dargestellt werden. Die Grundfrage nach der Ausrichtung unter der Überschrift „links-konservativ“ ist am wichtigsten. Zunächst ist die Differenzierung der materiell-sozioökonomischen Perspektive („links“ vs. „rechts“) von der kulturellen Dimension („woke“ vs. „un-woke“) sinnvoll und auch funktionell tragfähig, allerdings schon zum Gründungszeitpunkt nicht mehr besonders originell. Aber die Diskussion darüber, ob diese Grundannahme als politische Perspektive für die politische Arbeit und, darüber hinausgehend, für die Kontrolle über den global aufgestellten digitalen Finanzkapitalismus ausreicht, ja überhaupt als Startpunkt geeignet ist, diese Diskussion wurde nie geführt. Man wird aus heutiger Sicht der Verdacht nicht los, dass die Bezeichnung links-konservativ eine Plakette war, die einzelne führenden Parteimitglieder ganz gut transportieren konnten (z.B. und in erster Linie S. Wagenknecht), im Grunde aber die Parteikader in ihrem Bestreben des Machterhaltes gar nicht weiter interessierte.

Am schwerwiegendsten war jedoch der Umgang der Parteispitze mit den Experten. Es gab drei Experten-Kommissionen (Ökologie, Gesundheit, Corona), die im ursprünglichen Sinne unter Hinzuziehung auch von externen Experten gearbeitet und ausgewachsene Konzepte vorgelegt haben. Teilweise wurden hier Konzepte formuliert, die dem BSW im Parteienspektrum gut sichtbare Alleinstellungsmerkmale gebracht hätten. Eine Befassung der BSW-Führungsebenen hat jedoch nicht stattgefunden. Eine einzige Präsidiumssitzung

zum Thema Gesundheit wurde im Ergebnis wenige Monate später revidiert. Teilweise gab es nicht einmal eine Eingangs-Bestätigung, geschweige denn eine Anerkennung oder eine glaubwürdige Danksagung der Kommissionsmitglieder. Die Parteispitze hat sich nie in den Kommissionen blicken lassen, obwohl dort wichtige Persönlichkeiten aus den jeweiligen Politikfeldern vertreten waren (welche Vergeudung von politischer Einwirkung und Kontaktaufnahme, im Übrigen). Und von einem Eingang der Ergebnisse der Kommissionsarbeit in den Partei-internen Meinungsbildungsprozess kann keine Rede sein, wahrscheinlich deswegen, so muss man gar nicht überspitzend resümieren, weil in der Parteiführung sowieso schon alle Fragen „geklärt“ waren und sind.

4. Die Anbiederung an die AfD

Es dauerte nicht lange, bis die große Fehleranfälligkeit eines solch hierarchischen Organisationsverständnisses in dramatischer Form zu Tage trat. Hierarchisch-bürokratische Führungsstrukturen (vielleicht aktuell von 150 Jahren) sind eben nicht in der Lage, auf rasch wandelnde Umgebungssituationen adäquat zu reagieren, geschweige denn diese zu beeinflussen, denn sie sind viel zu starr, unbeweglich und bekommen wegen ihrer Abgeschottetheit auch gar nicht rechtzeitig mit, was „draußen“ passiert. Es war dann der Brief des BSW an den Vorstand der AfD Ende Juni des Jahres, der dies belegte. In einem Schreiben an die beiden Vorsitzenden Weidel und Chrupalla wird allen Ernstes der Wunsch nach gemeinsamen Auftritten von BSW und AfD im Wahlkampf in Sachsen-Anhalt gefordert. Dieser Brief ist in mehrerer Hinsicht ein Skandal, in seiner stilistischen Form genauso wie im Inhalt bzw. der politischen Strategie und Taktik. Man hat ja in den letzten Wochen viel über die Funktion der KI in der Politik diskutiert (z.B. zu einem KI-generierten Presse-Artikel eines ostdeutschen Ministerpräsidenten), dazu mag man stehen wie man will. Dass aber offensichtlich ein so wichtiger Brief wie der von BSW an AfD mitten im Wahlkampf alle Merkmale der KI-Produktion zeigt (z.B. sinnfreie Verbindung von Tatsachen und Merkmalen, Aufzählung von Widerspruchspaaren, Dopplungen), wirft ein wirklich schräges Licht auf die Führungsarbeit in den oberen Parteiebenen – und wenn er nachweisbar nicht KI-generiert sein sollte, dann würde er zeigen, wie weit ein schematisches Denken auf diesen Ebenen schon Einzug gehalten und authentisches Denken verdrängt hat. Aber nicht nur das, er ist auf den 26.6. datiert, unmittelbar vor einer erweiterten Vorstandssitzung des BSW am 27./28.6.26, wo er aber nach vorliegenden Informationen überhaupt nicht diskutiert wurde. Bei einer solchen strategischen Relevanz! Innerparteiliche Meinungsbildung, innerparteiliche Demokratie – offensichtlich ein Fremdwort.

Am wichtigsten ist jedoch die Frage der strategischen Einordnung: wie verhält sich der Brief mit seinem Kooperationswunsch zur Interessenlage der AfD-Führung? Man fragt hier nach den analytischen *basics*: hat denn die AfD irgendein Interesse, dass das BSW

in Sachsen-Anhalt über die 5 Prozent und damit in den Landtag kommt? Die AfD hat daran selbstredend überhaupt kein Interesse – denn jede der kleinen Parteien *im Landtag* verschlechtert die Chance auf eine AfD-Alleinregierung mit absoluter Mehrheit der Sitze; aber außerparlamentarische 4,5% wär'n schon gut (das würde die Wahrscheinlichkeit einer absoluten Mehrheit der Sitze erhöhen). Entsprechend hat die AfD die Anfrage auch „abtropfen“ lassen, wer hätte das denn gedacht. Aber nicht nur die analytische Armut schlägt einem die Sprache, sondern auch das strategische Werkzeug. Angeboten wird für den Fall einer relativen AfD-Mehrheit mit BSW als „Zünglein an der Waage“ eine Regierung von unabhängigen Experten. Warum sollte die AfD sich aber auf eine Experten-Regierung einlassen (wenn sie mit relativer Mehrheit im 3. Wahlgang sowieso gewählt wird)? Und selbst wenn eine solche Expertenregierung zustande käme, um „an der Sache“ zu entscheiden (wie angegeben wird), wie will das BSW mit seiner inhaltlichen Mangelaufstellung (wieder Ausnahme Frieden/Russland) denn in der dann entscheidenden inhaltlichen Auseinandersetzung bestehen – und soll den unabhängigen Experten in der Regierung dann etwa zugemutet werden, sich an den bislang vorliegenden Ausrichtungen des BSW zu orientieren, die in den meisten Fällen (s. Gesundheitspolitik) gar kein anschlussfähiges Niveau aufweisen, um es vorsichtig auszudrücken. Alles eingelassen in die Perspektive, dass unter der Prämisse „auf keinen Fall einen CDU-MP wählen“, eine Enthaltung im entscheidenden 3. Wahlgang in Aussicht gestellt wird (relative Mehrheit für einen AfD-MP reicht in diesem Fall aus). Man fragt, wenn man unter diesen Voraussetzungen überhaupt noch etwas fragen möchte, nur noch nach den Opportunitätskosten: wenn eine AfD-Kooperation so nahe liegt, was ist mit Kontakten zu den anderen Parteien, die man deshalb unterlassen hat (und unterlassen wird)? Ist hier auch Arbeit und Aufmerksamkeit investiert worden? Und gibt es denn hier anschlussfähige Konzepte, die eine bessere Politik versprechen? Nein, es gibt sie nicht, mit den anderen Parteien gibt es keinen tragfähigen fachpolitischen Austausch, der haltbare Kooperationen ermöglichen würde. Und daher ist der AfD-Brief eine einzige Bankrott-Erklärung.

5. Zum Schluss

Nun, man kann es schon hören, es wird gesagt werden: zu lang, zu viele Seiten, zu kompliziert, zu wenig TikTok-fähig, zu „wissenschaftlich“. Wie immer. Ob daher diese Zeilen dem BSW was nutzen, so wie anfangs angedeutet, sei dahingestellt, wahrscheinlich nicht. Trotzdem sei es aufgeschrieben.

Köln, 12.7.2026